

1985

Sammelbesprechung (*Hessischer Rundfunk*)

Klaus J. Bade (Hg.): Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bände, Scripta Mercaturae Verlag, Ostfildern 1984, DM 78,--

Klaus J. Bade: Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880 - 1980, Colloquium Verlag, Berlin 1983, DM 12,80

Ausländerpolitik gehört seit Jahren zu den kontrovers diskutierten Sachthemen in der Bundesrepublik. Die öffentliche Auseinandersetzung hierüber steht unter dem Vorzeichen des aktuellen, insbesondere arbeitsmarktpolitisch geprägten Handlungsbedarfs. Kurzfristige Problemlösungsstrategien genießen eindeutigen Vorrang. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die nunmehr bereits drei Jahrzehnte währende Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet noch immer häufig als vorübergehende und revidierbare Augenblickserscheinung mißverstanden wird. Eine solche Sichtweise verkennt jedoch die keineswegs klammheimliche Entwicklung der Bundesrepublik zum Einwanderungsland und gilt als Grund für ausländerpolitische Entscheidungen, die diesem Faktum in keiner Weise angemessen Rechnung tragen. Ein Perspektivenwechsel scheint erforderlich; der Blick in die neuere Geschichte hilfreich.

Mit dem von Klaus J. Bade herausgegebenen zweibändigen Werk "Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts", liegt nunmehr eine Publikation vor, in der aus der Sicht verschiedener Wissenschaftsdisziplinen die vielfältigen Probleme der Ein- und Auswanderung einer intensiven und fundierten Betrachtung unterzogen werden. Neben historischen und aktuellen Aspekten der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung wird der Massenauswanderung nach Nordamerika im 19. und 20. Jahrhundert breiter Raum gewidmet. So bieten die Beiträge, die sich mit Fragen der Assimilation und Akkulturation deutscher Einwanderer in den USA befassen, vielfältiges, auch für unsere gegenwärtige ausländerpolitische Diskussion relevante Hinweise. Ein Beispiel:

Ausländer - vornehmlich türkische Staatsangehörige - werden häufig als nicht integrationswillig, ja sogar integrationsunfähig bezeichnet. Als Beleg dient die oftmals von dieser Bevölkerungsgruppe bevorzugte Wohnsitznahme in Stadtteilen mit hoher Ausländerquote, die als bewußte Abkehr von der deutschen Gesellschaft verstanden wird. Demgegenüber findet sich in den Abhandlungen über die Siedlungsgewohnheiten deutscher Einwanderer in den USA der Nachweis, daß solche Ghettoisierungs- bzw. Abgrenzungsprozesse durchaus notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Eingliederung im Aufnahmeland sein können. Erleichtert doch der Schutz der ethnischen Gemeinschaft die Eingewöhnung und das Vertrautwerden mit den neuen Lebensverhältnissen sowie das Knüpfen neuer sozialer Kontakte nach außen. Eine historische Erfahrung, die sich - wie der Beitrag Kleßmanns verdeutlicht - später bei den Ruhrpolen wiederholen sollte.

Das Thema "Ausländer und nationale Minderheiten in Deutschland bis 1945" bildet einen zweiten Schwerpunkt des Buches. Bade stellt den Wandel Deutschlands vom Auswanderungs- zum - wie er es nennt - "Arbeitseinfuhrland" dar. Er beschreibt die schrittweise Entwicklung zu einer zunehmend institutionalisierten und kontrollierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die nach dem 1. Weltkrieg schließlich in die endgültige Durchsetzung des sogenannten Inländerprimats, d.h. des Vorrangs deutscher vor ausländischen Arbeitskräften mündete.

Als düsterstes Kapitel deutscher Ausländerpolitik gilt zweifelsohne die von den DDR-Historikern Elsner und Lehmann thematisierte Beschäftigung ausländischer Zwangsarbeiter in den beiden Weltkriegen. Ausgehend von der marxistisch-leninistischen Sichtweise der DDR-Historiographie erklären sie diese krasseste Variante der Fremdarbeiterpolitik aus dem - wie es wörtlich heißt - "allgemeinen, seit der Herausbildung des Monopolkapitals existierenden Streben des Imperialismus nach der Gewinnung von Extraprofit". Hierzu dienten eine Vielzahl von Verordnungen, Erlassen und sonstigen behördlichen Maßnahmen sowie Anweisungen von NSDAP-Parteigremien. Daß gleichwohl eine bruchlose und widerspruchsfreie Durchsetzung entsprechender Direktiven nicht überall erfolgte, weist die mikroanalytisch und alltagsgeschichtlich orientierte Studie Großmanns über Beschäftigung und Leben von Fremd- und Zwangsarbeitern in Bayern zwischen 1939 und 1945 nach. Unter Verwertung umfangreichen Archivmaterials stellt der Verfasser fest, daß nicht wenige Bürgermeister und untere Polizeibehörden - vornehmlich im ländlichen Bereich - ihrer Kontroll- und Aufsichtspflicht gegenüber den ausländischen Arbeitskräften nur schleppend nachkamen oder sie sogar menschlich ausgestalteten. Eine weitgehende Einbindung in die bäuerliche Lebensgemeinschaft bis hin zur Gleichstellung mit Einheimischen in bezug auf Ernährung, Versorgung und zum Teil auch Lohn, ja

sogar eindeutig den Fremd- und Zwangsarbeitern Solidarität bekundende Handlungen waren demnach druchaus nicht unüblich.

Freilich warnt der Autor selbst davor, angesichts solcher Erkenntnisse in eine beschönigende Sichtweise des nationalsozialistischen Zwangsarbeitssystems zu verfallen. Denn die Mehrzahl der zum Teil zwangsverschleppten ausländischen Arbeitskräfte war unter menschenfeindlichen gesundheitsschädlichen Bedingungen in der industriellen Produktion eingesetzt. Hier kennzeichneten massive Einschränkungen der Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit, Kasernierung in unhygienischen Unterkünften, Hunger, Kälte, Krankheit und hohe Sterblichkeit deren Lebenssituation. Arbeitsverweigerung, mangelnde Arbeitsdisziplin, aber auch Bagatellverstöße führten zu Einweisungen in Strafanstalten, häufig aber auch in Konzentrationslager, die die Betroffenen in der Regel nicht mehr lebend verlassen konnten.

Der dritte Schwerpunkt der vorgestellten Publikation ist der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik gewidmet. Heckmann bezeichnet die Ignoranz des politischen Systems gegenüber der stattgefundenen Einwanderung als "die gravierendste Form sozialer und politischer Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung der Bundesrepublik". Folgerichtig fordern verschiedene Autoren, die vollzogene Einwanderung anzuerkennen und hierauf durch entsprechende politische Vorgaben und diese einlösende rechtliche Regelungen adäquat zu reagieren. Für die

weitere Diskussion hilfreich erscheint hierbei der Hinweis Bades, daß ein solches Verlangen keineswegs mit einer schrankenlosen Befürwortung weiterer Einwanderung einhergehe. Denn Einwanderungspolitik ist dem Autor zufolge nicht nur Hilfe für Einwanderungswillige, sondern auch Steuerungsinstrument und damit Selbsthilfe des Aufnahmelandes. Wörtlich führt er aus: "Einwanderungsgesetzgebung kann hart sein für Einwanderungswillige, aber sie ist aufrichtiger und darum glaubwürdiger als eine Integrationskonzeption, die Einwanderungsambitionen weckt, ohne ihnen letztlich entsprechen zu können."

Das von Bade edierte Werk ermöglicht dank der Verbindung historischer und gegenwärtiger Erfahrungen sowie der Einbeziehung internationaler Vergleiche eine umfassende und sachkundige Information über das breite Spektrum und die vielfältigen Probleme, die die Arbeitsmigration sowohl für den Einzelnen als auch die Entsende- und Aufnahmeländer aufwirft.

Wem diese mehr als 800 Seiten umfassende und 78,-DM kostende Publikation zu teuer ist, dem sei das von Bade verfaßte Taschenbuch "Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880 - 1980" empfohlen. Nach einer umfassenden historischen Einführung setzt sich der Autor mit der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik auseinander, wobei die wichtigsten Aspekte, die in dem zuvor besprochenen Sammelband ausführlich diskutiert worden sind, in die Darstellung mit einfließen. Kritisch anzumerken bleibt, daß der Verfasser gelegentlich gängige Fehl-

urteile ungeprüft übernimmt. So wird beispielsweise der falsche Eindruck erweckt, arbeitslose Ausländer könnten ohne weiteres auf Dauer von Sozialhilfeleistungen in der Bundesrepublik leben und hier verweilen. Auch die vom Autor mitgetragene These einer neuerdings stark wachsenden, sozial bedingten Ausländerkriminalität entbehrt der empirischen Grundlage.

Handwritten:
Mit/Presidenten
Ja }

Zwar sind ausländische Staatsangehörige im Vergleich zu Deutschen in den Kriminalitätsstatistiken überproportional als Tatverdächtige zu finden. Eine Analyse der Verurteiltenzahlen zeigt hingegen, daß hier keine Überrepräsentanz dieser Bevölkerungsgruppe festzustellen ist. Diese Einwände treten jedoch in Anbetracht der vielfältigen, teilweise neuen Erkenntnisse, die das Buch für Wissenschaft und Politik vermittelt, in den Hintergrund.

Bertold Huber